

Bericht aus dem Rathaus

Solidarität mit den Beschäftigten der HSN - LINKE mit Resolution erfolgreich

DIE LINKE in der Stadtvertretung Schwerin hat wieder einmal deutlich gemacht, dass sie an der Seite der Beschäftigten steht. Der Antrag „Solidarität mit den Beschäftigten der Helios Servicegesellschaft Nord“ fand eine Mehrheit. Worum es geht, machte Fraktionsvize Henning Foerster in seiner Rede deutlich. „Wir achten die Tarifautonomie und wissen, dass der Einfluss der Stadt als Minderheitsgesellschafterin begrenzt ist. Trotzdem haben wir eine klare Haltung zur aktuellen Auseinandersetzung. Politik kann nicht wortlos zusehen, wenn auf die legitime Forderung nach Existenz sichernden Löhnen mit der Drohung die Gesellschaft aufzuspalten reagiert wird. Guter Service gehört zu einem funktionierenden Klinikum. Wenn die Kommune für die Beschäftigten noch aufstockende Hartz IV Leistungen ausreichen lässt, obwohl diese 40 Stunden pro Woche arbeiten gehen, ist das ein Skandal und nicht hinzunehmen. Wir fordern die Unternehmensleitung auf, ihre Verweigerungshaltung aufzugeben und an den Verhandlungstisch zurück zu kehren.“ OB Angelika Gramkow bezog ebenfalls Position: „Faire Löhne sind gewissermaßen ein Konjunkturprogramm. Sie verhindern nicht nur die Zahlung staatlicher Transferleistungen sondern stärken die Kaufkraft vor Ort. Von daher kann ich nur für die Zustimmung zum Antrag werben.“ Die LINKE hat die zahlreichen Streikaktionen auch außerparlamentarisch stark unterstützt. Neben Helmut Holter und Henning Foerster, sprach auch Michael Strähnz zu den betroffenen Frauen und Männern.

Brücke Stadionstrasse wird abgerissen und neu gebaut

In Zeiten knapper Kassen werden Investitionen hart diskutiert. So war es auch bei diesem Thema. Ampel, Kreisverkehr oder doch Neubau? Die Position der LINKEN verdeutlichte Wolfgang Block. „Die Brücke ermöglicht eine sichere Überquerung der größten Einfallstraße in die Landeshauptstadt. 37.000 Fahrzeuge nutzen diese täglich. Die geschätzten Baukosten von ca. 4,5 Millionen Euro sind bis zu 3 Millionen EUR förderfähig. Die neue Brücke wird 70 Jahre nutzbar sein. Daher plädieren wir für einen Abriss der alten Brücke und einen Neubau an dieser Stelle.“ Die Stadtvertretung ging zudem auf Nummer sicher. Können die Fördermittel nicht in dem Umfang eingeworben werden, wie geplant, muss neu über den Sachverhalt diskutiert und entschieden werden.

Tempo 30 Messungen vor Kindergärten und Schulen

Immer wieder kontrovers diskutiert werden Geschwindigkeitsmessungen im Stadtgebiet. Dienen sie wirklich der Verkehrssicherheit oder sind sie lediglich Abzocke. Vor diesem Hintergrund stellte der fraktionslose Stadtvertreter Manfred Strauß einen Antrag, die Polizei verstärkt für die Messungen an Unfallschwerpunkten und vor Kindergärten und Schulen zu sensibilisieren und auch eigene Messungen vorzunehmen. LINKEN Fraktionschef Gerd Böttger verwies in der Debatte darauf, dass die LINKE dieses Anliegen in der Vergangenheit auch schon mehrfach aufgegriffen hat und beantragte die Verweisung in die Fachausschüsse. Dort soll der Antrag qualifiziert beraten werden, bevor ein konkreter Lösungsvorschlag unterbreitet werden kann.

Bericht aus dem Rathaus

Baumaßnahmen in Schelf- und Bergstrasse

Vor allem das Sanierungsvorhaben in der Schelfstrasse hatte für Diskussionen gesorgt. Strittig war vor allem die Fahrbahnbreite, nachdem der städtische Nahverkehr signalisiert hatte, dass bei nur 6 Meter Fahrbahnbreite keine 2 Busse aneinander vorbeikämen. Nach umfänglichen Ausschussberatungen nun der Kompromiss, die Sanierung wird in 2 Bauabschnitten mit Fördermitteln unter der Maßgabe umgesetzt, dass die Fahrbahnbreite 6,25 Meter beträgt, die Geschwindigkeit auf 30 km/h begrenzt wird und eine Aufpflasterung im Bereich der ECOLEA Schule erfolgt. Zudem empfahl die Stadtvertretung die Schelfstrasse als Vorfahrtstrasse einzurichten. Weniger emotional war die Debatte zur Bergstrasse. Der Sanierungsbedarf ergibt sich hier aus der Notwendigkeit den Straßenbelag zu ersetzen und die alten Bleirohre zu entfernen. Die Sanierung wird in 3 Bauabschnitten erfolgen, im Zuge derer Fahrbahn, Parkstreifen, Beleuchtung und Gehwege erneuert werden.

Neufassung der Hauptsatzung verschoben

Die LINKE in der Stadtvertretung hatte sich im Vorfeld der Stadtvertretung klar positioniert. Aus Gründen der besseren Koordinierung der Arbeit der Verwaltung hatte OB Angelika Gramkow vorgeschlagen, die 17 Ortsbeiräte zu größeren Einheiten zusammenzulegen. Aus den Ortsbeiräten gab es dazu jedoch keine Bereitschaft, Hauptargument dagegen, jeder Ortsteil hat sein überschaubares Territorium und seine eigene Spezifik. „Zu große Ortsbeiräte gewährleisten nicht mehr die Bürgernähe. Um der Verwaltung in ihrem Anliegen entgegenzukommen, schlagen wir gemeinsame Sitzungen von Ortsbeiräten vor. Auch dem Wunsch der OB, die Stellen der zwei Beigeordneten in Zukunft abzuschaffen, können wir nicht folgen. Beigeordnete als Wahlbeamte werden von der Stadtvertretung gewählt, kontrolliert und gegebenenfalls auch abgewählt. Beamte auf Lebenszeit lehnen wir hingegen ab. Die Wahlvorschläge der demokratischen Parteien sind notwendig, um ein breites politisches Spektrum in der Verwaltungsspitze abzubilden. Dieses soll dazu beitragen, dass trotz aller Unterschiedlichkeit in den politischen Grundsätzen Entscheidungen zum Wohle der Landeshauptstadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger getroffen werden können. Zustimmung gibt es dagegen zum Vorschlag, die gewählten Volksvertreter künftig als Mitglied der Stadtvertretung zu bezeichnen. Es gibt keinen historischen Bezug zu anderen Namen, wie Mitglied der Bürgerschaft oder Ratsherr. Zudem hätten die Schweriner wenig Verständnis für eine solche Debatte“, so Fraktionschef Gerd Böttger. Die Diskussion wird nun im Oktober fortgesetzt.

Prüfantrag zum Spielplatz Paulsstadt abgearbeitet

Die LINKE in der Stadtvertretung hatte die OB beauftragt, die Spielplatzkonzeption dahingehend zu prüfen, ob das Spielplatzangebot in der Paulsstadt erweitert werden kann. Fraktionsvize Anja Janker hatte den Sachverhalt aus Sicht einer jungen Mutter dargestellt. Das Prüfergebnis lautet wie folgt: Der Eigenbetrieb SDS hatte für den Blockbereich zwischen Dr.-Kültz-Straße und Zum Bahnhof den Spielflächenbedarf in diesem Bereich angemeldet, da der Bedarf an einem Spielplatz in dem Wohngebiet besteht. In der zu überarbeitenden Spielplatzkonzeption wird dieser Spielplatz berücksichtigt werden. Die LINKE erfragt derzeit den Planungsstand und den möglichen Beginn einer entsprechenden Baumaßnahme.